

MITTEILUNGSBLATT DES SPD - ORTSVEREINS MÜNCHBERG

DANIEL SCHREINER FÜR UNS IN DEN LANDTAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Standpunktredaktion (R) war mit unserem Bürgermeister Christian Zuber und unserem Landtagskandidaten Daniel Schreiner in Münchberg unterwegs, um über die aktuellen Themen der Stadt zu sprechen. Viele dieser Themen können nicht allein vor Ort gelöst werden, sondern müssen durch das Land Bayern - vor allem auch in finanzieller Hinsicht - unterstützt werden.

R: Lieber Daniel, lieber Christian, Ihr beide dürft durch die Wahlen der Bürgerinnen und Bürger als Bürgermeister für uns aktiv sein. Was bewegt Euch tagtäglich?

Daniel: Ich kenne durch meine vielfältigen Tätigkeiten und Erfahrungen die Herausforderungen der Menschen im ländlichen Raum. Tatsache ist: Von gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern sind wir noch weit entfernt. Diese Lücke möchte ich als Abgeordneter unserer Region schließen.

Christian: Als Bürgermeister ist man nah dran an den Sorgen und Nöten der Menschen. Daniel hat als Bürgermeister im „Altlandkreis Münchberg“ bewiesen, dass er zuhört und anpackt.

R: Ihr habt von gleichwertigen Lebensverhältnissen in Bayern gesprochen. In München ist der Wohnraum nahezu unbezahlbar, wie sieht es bei uns aus?

Christian: Im Gegensatz zu den Ballungszentren sind die Mieten bei uns günstig, die Kosten für einen Neubau jedoch nahezu identisch mit denen der Metropolen. Dies führt dazu, dass es für private Bauträger unwirtschaftlich ist, bei uns Wohnungen zu bauen. Dies betrifft auch die dringend benötigten Sanierungen bestehenden Wohnraumes. Zum Glück haben wir in Münchberg unsere städtischen Wohnungen, die in den letzten Jahren konsequent saniert worden sind. Mittlerweile werden in der Bayreuther Straße sogar neue gebaut. Der Bedarf an attrakti-

vem Wohnraum – von sozial bis modern – ist aber weiterhin hoch!

Daniel: Münchberg nimmt durch den städtischen Wohnungsbau etwas Druck aus dem Kessel. Jedoch können die 33.000 Wohnungen, die der damalige Finanzminister Söder leichtfertig verkauft hat, keineswegs aufgewogen werden. Spekulation, Entmietung und Luxussanierung waren die Folge. Mein Ziel ist es, dass Fördermittel zukünftig so eingesetzt werden, um den Wohnungsbau auch bei uns wieder anzukurbeln. Dazu müssen wir besonders in altersgerechtes und studentisches Wohnen, sowie generationenübergreifendes Wohnen investieren. Ebenso fehlt es an modernen Wohnraum für Familien und vor allem an der Finanzausstattung der Städte und Gemeinden. Kommunale Wohneinheiten können vielerorts nicht saniert werden, weil das Geld zu knapp ist. Dies muss sich ändern.



R: Die Staatsregierung und konkret Horst Seehofer haben 2013 angekündigt, dass ganz Bayern im Jahr 2023 barrierefrei sein wird. Wie sieht es in Münchberg aus?

Christian: Naja, da hat man ja noch 4 Monate Zeit (lacht). Wir selber schauen bei allen Baumaßnahmen auf dieses wichtige Thema – können aber nur nach und nach Fehler der Vergangenheit beheben. Ein sehr großes Ärgernis ist seit vielen Jahren unser nicht barrierefreier Bahnhof. Deshalb habe ich vor kurzem dem Bayerischen Verkehrsminister Christian Bernreiter geschrieben und ihn nach Münchberg eingeladen. Wir brauchen hier endlich Verbindlichkeit!

Daniel: Das ist nicht nur für die Einheimischen, sondern zum Beispiel auch für unsere Gäste ein Problem. Konkret sieht man das an den Touristen, die mit ihren Fahrrädern und Gepäck den Saaleradweg nutzen. Ich möchte, dass alle Menschen möglichst einfach den Zugang zu allen Arten von Mobilität und des öffentlichen Lebens haben, denn Barrierefreiheit betrifft uns auf kurz oder lang alle. Egal ob mit Kinderwagen oder Rollstuhl, es muss für alle möglich sein, barrierefrei teilzuhaben.

R: Viele engagieren sich ja auch ehrenamtlich in unserer Region, aber das Ehrenamt stößt auch an seine Grenzen. Wo seht ihr hier Handlungsbedarf?

Christian: Ich bin sehr stolz auf unsere Vereine und alle, die sich für das Gemeinwohl engagieren. Aber die Vereine haben auch mit vielfältigen Problemen zu kämpfen, z.B. beim Unterhalt der vereinseigenen Liegenschaften, beim Akquirieren von Übungsleitern oder bei der Verbesserung der eigenen Infrastruktur. Und bei der Ausstattung unserer Feuerwehren könnte gerade der Freistaat mehr tun!

Daniel: Gutes Stichwort. Als Rettungsassistent, aktiver Feuerwehrmann und als Mitglied vieler Vereine erlebe ich die Probleme hautnah. Die persönliche und materielle Ausstattung unserer Feuerwehren darf nicht vom Geldbeutel der Kommunen abhängen. Der Bund stellte dem Land Bayern allein im letzten Jahr fast 100 Millionen € für den Brandschutz zur Verfügung. Es waren zum Jahresende noch fast 70 Millionen Euro auf den Konten der Landesregierung in München verwahrt. Dieses Geld muss an die Kommunen und an die Feuerwehren weitergeleitet werden. Die vor kurzem in Aussicht gestellten höheren Förderungen für Stellplätze und Ersatzbeschaffungen decken nicht mal die Kostensteigerungen der letzten Jahre. Hier braucht es nicht nur lobende Worte und eine Ehrenamtskarte, sondern für eine vernünftige und zeitgemäße Ausstattung auch die entsprechenden Mittel. Ich werde mich dafür stark machen, wieder mehr Menschen für das Ehrenamt zu gewinnen. Hierzu fordere ich die Einführung einer Feuerwehrrente.

R: In Zell wurde ja neulich das neue Freibad eingeweiht. Münchberg kämpft hier ja auch um Fördermittel für die Sanierung.

Christian: Wir versuchen möglichst viele Fördertöpfe anzuzapfen, aber natürlich sind diese oft hoffnungslos überzeichnet oder bürokratische Ungetüme.

Daniel: Wir Kommunen wissen selbst am besten, wo der Schuh drückt und wo wir unser Geld sinnvoll einsetzen müssen. Förderprogramme, die mit der Gießkanne über das ganze Land gelegt werden, sind weder praktikabel noch gerecht. Ich möchte eine größere Eigenverantwortung und eine bessere Finanzausstattung der Kommunen, was wir durch eine höhere Beteiligung der Gemeinden an den Steuern erreichen können sowie durch eine Entbürokratisierung der vielen

Förderprogramme. Dies führt auch dazu, dass Maßnahmen wie z.B. eine Schwimmbadsanierung wesentlich schneller realisiert werden können.

R: Vielen Dank an euch beide! Man merkt, dass ihr nah an den Menschen dran seid und wir könnten sicherlich noch viele Themenfelder anreißen. Wir sind uns sicher, dass Daniel uns hervorragend in München vertreten wird. Abschließend hat unser Kandidat natürlich nochmal das Wort.

Daniel: Eines bewegt die Menschen tagtäglich, nämlich Zusammenhalt und Sicherheit. Sicherheit als Region, um im bayerischen Nordosten nicht hinten runterzufallen. Sicherheit, sich sein eigenes Leben leisten und seinen Kindern eine gute Zukunft bieten zu können. Sicherheit, dass man auch im Alter sein Leben finanziell bestreiten kann. Arbeiten muss sich lohnen, nicht nur während der Lebensarbeitszeit sondern auch im Rentenalter. Wir müssen damit Schluss machen, dass wir Niedriglohnregion sind und somit auch die Kinder- und Altersarmut deutlich höher als in fast allen anderen bayerischen Regionen liegt. Deshalb wird die SPD auch dafür sorgen, dass ein Heizungsgesetz niemanden in den Ruin treibt, sondern dass es sozial gerecht und durchdacht beschlossen werden wird.

Wir brauchen Zusammenhalt, weil es nur gemeinsam geht, wenn wir unsere Freiheit und unsere Werte entschieden verteidigen müssen. Dafür will ich anpacken und meinen Beitrag leisten, dass unsere Heimat auch in Zukunft für alle liebens- und lebenswert bleibt. Dies geht nur mit Ihrer Unterstützung und Ihrer Stimme am 8. Oktober! Bitte schenken Sie mir Ihr Vertrauen!



Münchberg
SPD

MÜNCHBERGER
Januar
KABARETT

**RINGLSTETTER
& ZINNER**
2 Typen, 2 Gitarren, 2 Bücher

FR.19.01.
TVM-HALLE MÜNCHBERG

Infos und Karten-VVK unter www.januarkabarett.de

EVA DÖHLA FÜR DICH – GERECHTIGKEIT UND LEBENSQUALITÄT

Am 8. Oktober werden in Bayern auch die sieben Bezirkstage neu gewählt. Für Oberfranken kandidiere ich auf Platz 1 der SPD-Liste.

Unser Bezirk ist eine wichtige Ebene, auf der ein soziales und gerechtes Miteinander geprägt wird. Denn es geht um den fairen Umgang mit den Schwächeren in der Gesellschaft, zum Beispiel um die Hilfe für Menschen mit Behinderungen oder mit psychischen Erkrankungen.

Die sozialen Aufgaben machen 95% der Ausgaben des Bezirks Oberfranken aus. Meine langjährigen beruflichen Erfahrungen im sozialen Bereich möchte ich hier zum Wohl der Menschen einbringen. Wichtig wird sein, dass wir im Bezirk wieder verstärkt auf eine tarifgerechte Bezahlung der dort Beschäftigten Wert legen. Die aktuelle Anhebung der Mindestlöhne im pflegerischen Bereich durch den SPD Arbeitsminister Hubertus Heil schafft hier endlich eine konkrete Verbesserung für viele Beschäftigte, die sich tagtäglich in ihrem Job aus „Berufung“ sehr viel Mühe geben. Hiervon profitieren auch die

Beschäftigten in Münchberg: im Klinikum, bei den ortsansässigen Pflegediensten oder in den REHA-Berufen. Nur Beifall wie bisher ist einfach zu wenig!

Und der Bezirk kümmert sich um Heimatpflege und Kultur. Beides steht für mich für Lebensqualität, es stellt zudem einen weichen Standortfaktor dar. Denn wir können Zuzug von Fachkräften und Familien gebrauchen. Der demografischen Entwicklung wollen wir ein lebenswertes Lebens- und Arbeitsumfeld entgegensetzen, das Menschen neu – und wieder – für unsere Region begeistert.

Schließlich haben wir in Hof und im Landkreis einiges zu bieten. Das Bauernhofmuseum in Kleinlosnitz, das Deutsch-Deutsche Museum in Mödlareuth oder auch neu zu Schaffendes wie zum Beispiel der Erhalt und die Neunutzung von Baudenkmalern muss durch den Bezirk auch bei uns in den Focus rücken.

Ich wünsche Ihnen eine gute Wahl – nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr!

Mit herzlichen Grüßen nach Münchberg!
Ihre Eva Döhla



...

INFORMATIONEN ZUM WAHLRECHT BEI DER LANDTAGS- UND BEZIRKSTAGSWAHL AM 8.10.2023

Bei den gleichzeitig stattfindenden Landtags- und Bezirkstagswahlen haben Sie insgesamt vier Stimmen zu vergeben: Zwei bei der Landtagswahl und zwei bei der Bezirkstagswahl.

Bei beiden Wahlen vergeben Sie Ihre Erststimme für die jeweiligen Stimmkreiskandidaten.

Kandidaten, die in einem Stimmkreis die meisten Erststimmen der Wahlvorschläge erhalten, ziehen direkt in den Landtag oder Bezirkstag ein.

Die Zweitstimme können Sie an die Listenkandidaten aus dem restlichen Wahlkreis Oberfranken vergeben.

Neben den direkt gewählten Kandidaten (siehe oben) ziehen über die Wahlkreisliste der Parteien - im Rahmen der festgestellten Mandatszahl der einzelnen Parteien - die Kandidaten ein, die in der Summe Ihrer Erst- und Zweitstimmen die meisten Stimmen erhalten haben.

Unsere Wahlempfehlung für den 08.10.2023 lautet:



Ihre Erststimme

für Daniel Schreiner bei der Landtagswahl



Ihre Erststimme

für Eva Döhla bei der Bezirkstagswahl



Ihre Zweitstimme

für Holger Gießhammer (Liste 5, Platz 1)
bei der Landtagswahl



Ihre Zweitstimme

für Ingo Lehmann (Liste 5, Platz 5)
bei der Bezirkstagswahl

Herzlichst - Ihr SPD Ortsverein Münchberg

Alle wichtigen Infos unter www.bayernspd.de/wahlen

ZUR DEBATTE UM DAS BÜRGERGELD, MINDESTLÖHNE UND DAS AUSSPIELEN DER SCHWACHEN GEGEN DIE SCHWÄCHEREN – EIN STANDPUNKT VON UWE JACKWERTH



Seit 2019 war es Beschlusslage in der SPD, dass sich die Partei für die Abschaffung des Arbeitslosengeldes II (Im Volksmund: Hartz IV) einsetzen und eine neue Sozialleistung (Das Bürgergeld) einführen wollte.

In der damals regierenden GroKo (CDU/CSU + SPD) war dies aufgrund des Widerstands der Union nicht realisierbar.

Nach der Bundestagswahl 2021 war es dann soweit: unter Federführung von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil – gegen den erheblichen Widerstand des kleinsten Koalitionspartners FDP – konnte die Einführung des Bürgergeldes im Koalitionsvertrag der neuen Ampelregierung verankert werden.

Im Oktober 2022 brachte die Bundesregierung das entsprechende Gesetz in den Bundestag ein.

Der Bundestag stimmte am 10.11.2022 dem Gesetz zu. Da es ein zustimmungspflichtiges Gesetz ist, war auch die Zustimmung des Bundesrats erforderlich. Die unionsgeführten Länder blockierten dort das Gesetz am 14.11.2022 mit einer Ablehnung aus fadenscheinigen Gründen. Dem Vermittlungsausschuss mit Vertretern aus Bundesrat und Bundestag gelang es dann am 22.11.2022 einen Kompromiss zwischen den Ampel-Parteien und der Union zu erzielen. Der Kompromiss führte zu einer Senkung des im ursprünglichen Regierungsentwurf geplanten Schonvermögens und zu einer Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten.

Dem Kompromiss stimmten der Bundestag und der Bundesrat am 25.11.2022 zu. Im Bundestag stimmten die Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU für das Bürgergeldgesetz.

Es führte dazu, dass der Regelbedarf für alleinstehende Erwachsene ab 01.01.2023 von 449 Euro auf 502 Euro angehoben wurde. **Die Fortschreibung dieses Regelbedarfs erfolgt nach einem im § 28a SGB XII festgelegten Modus.**

Diese **Vorschrift** ist der Auslöser für die aktuelle Debatte. Die Anpassung zum 01.01.2024 erfolgt aufgrund einer Rechengröße, die sich aus dem Berechnungszeitraum vom 01.07.2022 bis 30.06.2023 ergibt. **Die Vorschrift, die aufgrund des neuen Bürgergeld-Gesetzes gilt, und der somit SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU zugestimmt haben, soll für eine schnellere Berücksichtigung von Effekten wie z.B. einer hohen Inflation, die momentan aus den bekannten Gründen in Deutschland herrscht, bei der Leistungsfestsetzung sorgen.**

Das Bundesarbeitsministerium hat im Rahmen seiner Zuständigkeit die aktuelle Neuberechnung durchgeführt. Ab 01.01.2024 errechnet sich eine Erhöhung des og. Regelsatzes von 502 Euro auf 563 Euro (ungefähr 12%). Dieses Ergebnis wurde von Bundesminister Heil Ende August 2023 bekannt gegeben.

Unmittelbar danach wurde federführend vom stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Spahn die Debatte hinsichtlich dieser Erhöhung losgetreten. Sie sei ein falsches Signal und gefährde den Grundsatz, dass der, der arbeite, mehr bekomme, als der, der nicht arbeite. Im Wortlaut ähnlich äußerte sich auch der CDU-Vorsitzende Merz.

Aus meiner Sicht wird von diesen beiden Herren eine unredliche Debatte geführt. Ihre Bundestagsfraktion CDU/CSU und auch sie selbst als Abgeordnete haben der Anpassungsregelung des § 28a SGB XII als Teil des

Bürgergeldgesetzes zugestimmt. Jetzt nichts mehr davon wissen zu wollen, ist ein weiterer Tiefpunkt in der Debattenkultur, die von der größten Oppositionsfraktion in die politische Auseinandersetzung eingebracht wird. Das von Merz und Spahn angesprochene Abstandsgebot zwischen der Höhe von Sozialleistungen wie dem Bürgergeld und dem Lohn von arbeitenden Menschen wird nicht durch willkürliche Absenkung eines Regelbedarfs beim Bürgergeld eingelöst.

Dies geschieht nur durch eine faire Entlohnung von Erwerbsarbeit. Unser Minister Hubertus Heil hat sich in einem Interview mit dem ZDF-Heute-Journal vom 31.08.2023 ausdrücklich dazu bekannt. Die SPD hat sich durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und vor allem auch durch die Erhöhung des Mindestlohns auf 12,00 Euro je Stunde zum 01.10.2022 dabei einen bleibenden Verdienst erworben. Er wird nun auf 12,41 Euro steigen.

Die Union - und somit auch Merz und Spahn – haben sich zuerst jahrelang bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns quergestellt und die Erhöhung vom 01.10.2022 abgelehnt.

Auch Anstrengungen für die zusätzlich notwendige Ausweitung von tarifgebundenen Arbeitsverhältnissen seitens der CDU/CSU sind nicht verzeichnet. Bei der SPD schon!

Als Ergebnis ist festzustellen, dass CDU und CSU somit keine Berechtigung haben, als Anwalt der hart arbeitenden Menschen im Lande aufzutreten. Sie versuchen, diese Gruppe gegen die Sozialleistungsbezieher aus parteipolitischen Gründen auszuspielen und sorgen damit für eine weitere Spaltung der Gesellschaft in sowieso schon schwierigen Zeiten.

Ihnen eine gute Wahl zum Landtag und Bezirkstag!

Uwe Jackwerth,
Schriftführer im SPD Ortsverein Münchberg



IMPRESSUM
V.i.S.d.P. SPD Ortsverein Münchberg
1. Vorsitzender Stephan Fichtner

REDAKTION:
Florian Bär, Stephan Fichtner, Uwe Jackwerth,

AUFLAGE: 6000 Stück

Münchberg

SPD

DESIGN, UMSETZUNG & DRUCK

Christian Schmalz
info@christian-schmalz.de
www.christian-schmalz.de